

Erklärung zu geplanten KÖGIDA-Kundgebungen am Kölner Dom

Der Terroranschlag und die Morde in Paris sind höchst grausame Straftaten von Extremisten und massive Angriffe gegen Meinungsfreiheit und Demokratie. Gemeinsam mit den Vertretern anderer Konfessionen und Religionen verurteilen wir diesen Akt auf das Schärfste. In Gedanken und im Gebet sind wir bei den Opfern, ihren Angehörigen und dem ganzen Land. Bei öffentlichen Solidaritätsbekundungen in Frankreich und auch in Deutschland zeigen viele tausende Menschen gemeinsam, dass sie keine Angst haben, gegen Terror und für Menschenrechte und Freiheit als Basis der Demokratie einzustehen.

Mit tiefer Sorge erfüllt uns allerdings, wenn versucht wird, die schrecklichen Anschläge dafür zu nutzen, eine aufgeheizte islamfeindliche Stimmung noch weiter zu schüren. Gemeinsam mit allen Menschen guten Willens werden wir weiterhin den Weg des konstruktiven Dialogs der Religionen gehen. Nur die Begegnung und das Gespräch mit anderen Menschen können Vorurteile und Ängste abbauen. Umso mehr bedauern wir, dass die Anhänger der PEGIDA und ähnlicher Bewegungen dieses inhaltliche Gespräch bisher abgelehnt haben.

Wir verurteilen das Ansinnen der KÖGIDA, den Kölner Dom als Kulisse für fremdenfeindliche Demonstrationen zu nutzen. **Der Kölner Dom ist erbaut worden zur Verehrung der Heiligen Drei Könige, die nicht aus dem christlichen Abendland stammten, sondern vielmehr die unzertrennbare Verbindung von Ost und West deutlich machen.** Wir verwehren uns gegen eine Instrumentalisierung des Christentums durch die Anhänger der KÖGIDA-Bewegung.

Hetze gegen Schwächere, Minderheiten und Angehörige anderer Kulturen und Religionen sind nicht mit dem Christentum vereinbar. Solche Bewegungen stellen eine gefährliche Saat für Hass und Gewalt dar. Gemeinsam mit vielen Menschen in Frankreich und in Deutschland sagen wir deutlich, dass wir uns für die Anerkennung von Vielfalt und für den Dialog einsetzen und uns in diesem Anliegen mit allen Menschen guten Willens verbunden wissen. Die großen Herausforderungen, vor denen unsere Gesellschaften stehen, können nicht durch Ausgrenzung und Diffamierung, sondern nur im Dialog aufgenommen werden.

Erzbistum Köln
Referat Dialog und Verkündigung